

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 2 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Bahnhöfen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonnen-Beile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Wrey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Brüll, Hannover. Redaktionsschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Rilolaistraße 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluß 3002.

### Unsere Lohnbewegungen 1919.

Unser diesjähriger Bericht erstreckt sich nunmehr wieder auf ein volles Friedensjahr, wenn auch der Krieg seitens der Entente mit anderen Mitteln weitergeführt wird. Jedenfalls ist das deutsche Volk nicht mehr in Waffen, sondern es hat versucht, seine Friedenswirtschaft wieder herzustellen, aber unter tausenderlei Schwierigkeiten von außen und von innen. Der Versuch, wieder produktive Arbeit zu leisten, war bei der großen Mehrheit der Volksgenossen zweifellos vorhanden, scheiterte aber in vielen Fällen an den schon erwähnten Schwierigkeiten oder auch an der Dummheit oder Bosheit der Freunde und „Feinde“. Leider muß auch gesagt werden, daß bei der durch den Krieg hervorgerufenen Demoralisation weiter Volksteile die Geschäftsmoral ganz bedenklich gelitten hat. Der liebe Nächste wird ausgebeutet und bemuchert bis aufs Blut, aber nicht nur etwa sinnbildlich. Der Wucher zerstört Gesundheit und Leben des deutschen Volkes und in erster Linie der Arbeitnehmerschaft. Kinder werden zugrunde gerichtet von Leuten, die sich von jeher staatszerstörerisch geschimpft haben, die man aber nach ihrem Verhalten unbedenklich dem Verbrechertum einreihen kann. Oder gibt es ein größeres Verbrechen als die Vernichtung zahlreicher Menschenleben durch Unterernährung, nur damit der Wucher gedeiht? Wer etwas und insbesondere Lebensmittel zu verkaufen hat, der betätigt sich als Vampir am eigenen Volke. Auf die öffentliche Meinung pfeift jeder und auf die Strafe Gottes erst recht. Der Bauer und die Bäuerinnen, die Sonntags mit Gebetbuch und Rosenkranz zur Kirche gehen, um dort Gott um Verzeihung ihrer Sünden zu bitten, nehmen dem Bettler den letzten Pfennig aus der Tasche. Vielleicht gibt es auch Ausnahmen, aber der Wucher ist die Regel. Darunter leidet und leidet am schwersten die Arbeiterschaft. Es ist ganz selbstverständlich, daß sie sich zur Wehr setzte und durch ihre Organisation versuchte, die Löhne hoch zu bringen. Das ist ja auch gelungen, aber die Hyänen standen immer schon bereit und freckten die errungenen Erfolge in ihre Tasche oder in ihren Wams. Die Löhne konnten den Preisen gar nicht schnell genug folgen, die Lage der Arbeiter ist trotz aller Lohnbewegungen noch eine recht traurige. Was wäre erst geworden, wenn die Einigkeit der Arbeiter auf gewerkschaftlichem Gebiete Schaden gelitten hätte? Die Wucherer hätten noch ganz andere Organe gefeiert als so schon.

So befand sich die deutsche Arbeiterschaft das ganze Jahr 1919 notgedrungen in fortwährenden Lohnbewegungen, die auch in ihrer übergroßen Mehrzahl mit Erfolg geführt werden konnten, solange die Unternehmer die Möglichkeit hatten, ihre Verkaufspreise — mit Rücksicht auf den Weltmarktpreis — noch zu erhöhen vermochten und dabei selbst immer noch ein gutes Geschäft zu machen. Die Arbeiterschaft aber hat um das nackte Leben gekämpft. In welchem Umfange Lohnbewegungen geführt werden mußten, ergibt sich aus der jetzt vorliegenden Statistik, wie sie unser Verband alljährlich veröffentlicht. Beim Studium der Zahlen ist jedoch zu beachten, daß auch in diesem Jahre noch nicht über alle Bewegungen Berichte eingegangen sind. Die Zahl der für 1919 berichtenden Zahlstellen beträgt 343 gegen 129 im Jahre 1918. Ob die Berichtertattung auch verhältnismäßig besser geworden ist, läßt sich natürlich nicht sagen, da man ja die Zahl der Gesamtbewegungen nicht kennt. Bewegungen fanden 2864 statt (im Vorjahr 717) in 9003 Betrieben (im Vorjahre 991) mit 713 951 (254 165) Beteiligten. Davon waren 517 503 männlichen und 196 448 weiblichen Geschlechts. Von den Bewegungen waren 2748 Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung, 99 Angriffsbewegungen mit Arbeitseinstellung, 11 Abwehrstreiks, 6 Aussperrungen.

Das Organisationsverhältnis sieht etwas anders aus als in früheren Jahren. Von den 713 951 Beteiligten waren organisiert 577 645, das sind 80,91 Prozent gegen 34,9 Prozent im Jahre 1918. Der Prozentsatz der Organisierten ist sogar noch etwas höher, weil die in anderen Verbänden Organisierten als solche in unseren Zahlen nicht erscheinen.

Das Gesamtergebnis aller im Jahre 1919 geführten Bewegungen ist in folgenden Zahlen zusammengefaßt: Es wurden erreicht für 697 318 (im Vorjahre 234 566) Personen eine Lohn-erhöhung von 11 751 152 (im Vorjahre 1 388 736) Mark pro Woche und für 23 074 (im Vorjahre 31 002) Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 224 170 (im Vorjahre 332 965) Stunden pro Woche. Für 395 Personen wurden beabsichtigte Lohnkürzungen abgewehrt in Höhe von wöchentlich 2934 Mk. oder pro Beteiligter 7,43 Mk. Außerdem wurden erreicht für 169 712 (10 593) Personen Aufschlag für Sonntagsarbeit; für 67 697 (2791) Personen Lohnaufschlag für Nachtarbeit; für 107 284 (12 834) Personen andere Vergünstigungen, als Ferien, Gewährung von Schmutz- und Kleidergeld und sonstige Vorteile.

In den folgenden Jahren dürfte die Verkürzung der Arbeitszeit nicht mehr die hervorragende Rolle im wirtschaftlichen Kampfe haben wie seither, da ja die Achtstundensicht Gemeingut aller Arbeitenden geworden ist. Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit wird seine Aktualität, ähnlich wie im letzten halben Jahrhundert, erst wieder erreichen, wenn der Stand unserer Technik um ein Vielfaches gegen heute weiter ist. Ob dann ein Kampf in den seitherigen Formen noch nötig sein wird, vermag jetzt noch niemand zu sagen. Von den 2864 Bewegungen, die geführt wurden, verliefen erfolgreich 2851, teilweise erfolgreich 8 und erfolglos 5. Es ist also festzustellen, daß 99,82 Prozent der Bewegungen mit Erfolg beendet werden konnten. Mit Rücksicht auf

das teilweise planlose Vorgehen ungeschulter und undisziplinierter Arbeitergruppen ist das Resultat jedenfalls ein gutes. Es hat keine besonderen Gründe, die dem in der Organisation Bewanderten bekannt und hier auch des öfteren schon hervorgehoben worden sind.

Die Lohnbewegungen ohne Streiks waren am zahl- und auch erfolgreichsten. Insgesamt wurden 2748 Bewegungen in 8702 Betrieben mit 697 318 Beschäftigten geführt. Nachfolgend sollen die Erfolge nach Gauen aufgezählt werden.

Gau	Zahl der				Erfolge für Personen
	Lohnbewegungen	Betriebe	beteiligten Personen	bei uns Organisierten	
1	352	612	66 048	57 344	65 320
2	70	165	15 476	11 097	15 460
3	193	505	39 151	24 087	38 647
4	183	359	28 768	24 625	27 096
5	110	247	26 458	23 317	26 458
6	50	80	10 806	9 159	10 805
7	334	1786	118 027	109 095	118 254
8	164	876	30 723	26 054	30 723
9	52	114	7 066	6 404	7 066
10	265	384	31 949	27 448	31 949
11	136	397	47 127	34 814	47 127
12	87	207	62 664	40 467	62 664
13	348	643	79 816	63 642	79 368
14	72	242	42 926	31 573	42 916
15	332	2085	80 806	65 761	80 736
Summa	2748	8702	687 801	554 887	684 589

Das Organisationsverhältnis ist gegen das Vorjahr gut zu nennen, wenn auch noch nicht hundert Prozent erreicht sind, wie es eigentlich sein sollte. Aber allzulebte dürften wir auch davon nicht mehr sein. Im Gau 3 waren 62 Prozent und im Gau 7 sogar 92 Prozent der Beteiligten organisiert. Die übrigen Gauen liegen mit ihrem Prozentverhältnis zwischen diesen beiden Grenzzahlen. Allerdings ist zu befürchten, daß es teilweise zu Rückschlägen kommen wird, wenn bei niedergehender Konjunktur Lohnbewegungen mit geringem oder ohne Erfolg beendet werden müssen. Das ist bei jungen Kämpfern immer der Fall, daß eine Niederlage sie entmutigt. Aber sie werden aus den harten Tatsachen bald lernen, daß ein solches Verhalten falsch ist. Sie müssen auch Mißerfolge tragen lernen.

Aus der folgenden Tabelle sind die errungenen Erfolge pro Person und gleichfalls nach Gauen geordnet ausgedrückt:

Gau	Es wurde erreicht					
	Arbeitszeitverkürzungen in Stunden pro Woche			Lohnerhöhung in Mark pro Woche		
	für Beteiligte	für den einzelnen im Durchschnitt	zusammen	für Beteiligte	für den einzelnen im Durchschnitt	zusammen
1	978	11,8	11 538	65 320	13,50	882 069
2	—	—	—	15 460	14,44	223 278
3	616	4,1	2 501	38 647	16,59	641 276
4	1 058	12,8	13 536	27 046	13,30	359 628
5	6 815	10,9	74 407	26 458	15,02	398 395
6	1 478	11,3	16 691	10 772	12,62	135 368
7	1 693	4,7	8 032	118 193	16,89	1 996 791
8	1 843	11,3	20 914	30 723	14,18	435 751
9	1 380	11,3	15 600	6 946	18,29	127 019
10	310	9,2	2 853	51 949	16,18	516 965
11	337	6,8	2 275	47 127	15,30	720 940
12	1 573	5,3	8 351	62 581	15,73	984 654
13	955	7,9	7 585	78 988	22,96	1 813 858
14	344	11,4	3 918	42 916	23,35	1 002 200
15	2 882	10,2	29 510	80 526	15,99	1 287 686
Summa	22 262	9,8	217 711	683 652	16,86	11 526 498

In unserer nächsten Tabelle lassen wir die errungenen Erfolge nach Industriezweigen geordnet folgen. Diese Zusammenstellung ist insbesondere in agitatorischer Beziehung wichtig für unsere Kollegen und Kolleginnen, die in einem der angeführten Industriezweige arbeiten und sich agitatorisch betätigen. Die Spielwarenindustrie, die seither unter „Sonstige Betriebe“ rangierte, ist dieses Jahr gleichfalls besonders mit aufgeführt. Wie es ja eigentlich selbstverständlich ist, steht die chemische Industrie zahlenmäßig an der Spitze, aber noch nicht organisatorisch. Wohl sind auch hier die absoluten Zahlen am höchsten, aber nicht prozentual. Allerdings soll das Jahr 1919 nicht als Normaljahr bezeichnet werden, und es ist sehr wahrscheinlich, daß die Arbeiterschaft der chemischen Industrie im nächsten Jahre in organisatorischer Beziehung besser da steht. In dieser Industrie war seither auch der Einfluß der Organisationszertifikate am stärksten. Die nun folgende Tabelle stimmt in ihrem Endergebnis mit der ersten Tabelle überein.

Industriezweig	Zahl der				
	Lohnbewegungen	Betriebe	beteiligten Personen	bei uns Organisierten	Erfolge für Personen
Chemische, Gummi- und Petroleum-Fabriken	887	3053	323 433	243 655	322 888
Keramische Industrie	649	1724	96 608	78 833	96 424
Papier- und Zellstoffabriken	362	1252	136 963	125 030	136 929
Blumen- u. Blätter-Industrie	27	484	11 089	7 996	11 089
Spielwaren-Industrie	34	664	8 652	6 333	8 652
Nahrungsmittel-Industrie	450	1020	77 222	64 466	77 089
Sonstige Betriebe	339	505	33 814	28 524	31 538
Summa	2748	8702	687 801	554 887	684 589

Eine weitere Tabelle veranschaulicht ähnlich wie die Tabelle 2 die Erfolge an Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung, sowohl zusammengefaßt für alle Beteiligten wie auch für den einzelnen Beteiligten im Durchschnitt. Die Endzahlen stimmen wieder mit denen der Tabelle 2 überein. Mit Hilfe der beiden Tabellen 1 und 3, bezüglichen 2 und 4, ist also der Funktionär in der Lage, die gleichen Resultate agitatorisch zu verwerten, sowohl industrieweise wie nach Gauen. Bezüglich der Erfolge steht die Papierindustrie mit der Verkürzung der Arbeitszeit an erster Stelle. Das hat wohl seinen Grund darin, daß in dieser Industrie die Arbeitszeit noch am längsten war. Mit den Lohnerhöhungen marschiert die chemische Industrie wieder an der Spitze.

Industriezweig	Es wurde erreicht					
	Arbeitszeitverkürzung in Stunden pro Woche			Lohnerhöhung in Mark pro Woche		
	für Beteiligte	für den einzelnen im Durchschnitt	zusammen	für Beteiligte	für den einzelnen im Durchschnitt	zusammen
Gem., Gummi- u. Vinol.-Fabriken	4 550	8,9	40 769	322 818	17,71	5 717 114
Keram. Industrie	7 088	9,7	68 742	96 182	16,86	1 622 058
Papier- u. Zellstoffabriken	4 561	11,1	50 648	136 444	16,82	2 304 344
Blumen- u. Blätter-Industrie	—	—	—	11 089	14,09	156 271
Spielw.-Industrie	175	3,8	678	8 532	11,47	97 922
Nahrungsmittel-Industrie	4 921	10,3	50 649	77 062	14,31	1 103 021
Sonstige Betriebe	967	6,4	6 225	31 525	16,68	525 758
Summa	22 262	9,8	217 711	683 652	16,86	11 526 498

In diesen Zahlen steckt eine gewaltige Menge aufgewandeter Energie und Arbeitskraft, die nur geleistet werden konnte von Leuten, die mit Herz und Kopf bei der Sache waren. Ein Funktionär, der sein Amt nur als Brotstelle betrachtet, der ohne Idealismus an die Arbeit herangeht, ist nicht fähig und auch nicht gewillt, solche aufreibende Arbeit zu leisten, wie die Leitung und Führung von Lohnbewegungen es ist. Insbesondere in den letzten zwei Jahren gehörten zur Vollbringung dieser Herkulesarbeit innerhalb unseres zuständigen Agitationsgebietes nicht nur körperliche Gesundheit, sondern auch unermüdete Nerven. Diese Strapazen sind nur zu überwinden durch geistige Schwungkraft, die auf idealen Grundlagen beruhen muß.

Das Jahr 1919 kann nach all dem Gesagten auch bezüglich der Lohnbewegungen als das ergiebigste angesehen werden. Wenn wir auch nicht außer acht lassen dürfen, daß die errungenen Erfolge für die Arbeiterschaft immer nur das zur Deckung des Notwendigsten brachten, so darf man aber doch die Frage stellen: Was wäre geworden ohne Organisation? Die Verelendung hätte zugunsten des Wuchers in einer Weise um sich gegriffen, wie es bisher in Deutschland noch nicht der Fall war. Erhöhte Sterblichkeit wäre die Folge gewesen, die unter den Angehörigen der Arbeiterschaft heute schon ungemein hoch ist. Dem hat gewerkschaftliches Wirken einen Damm gesetzt, und alle, die daran mitgearbeitet, haben Kulturarbeit im wahrsten Sinne des Wortes geleistet.

### Die Zusammensetzung des Verbandstages.

In der Nummer 25 des „Proletariats“ ist die Liste der Delegierten zum Verbandstage veröffentlicht. Dem aufmerksamen Leser muß sofort auffallen, daß neben 373 männlichen Delegierten nur 13 Kolleginnen als Vertreter der Mitglieder zum Verbandstage gehen. Bei dem außerordentlich hohen Prozentsatz weiblicher Mitglieder in unserem Verband müßte das Verhältnis in der Delegiertenzahl ebenfalls ein anderes sein.

Wo liegen die Gründe für diese die weiblichen Mitglieder stark beschämende Tatsache? Gewiß, es ist richtig, daß die weiblichen Mitglieder erst infolge der Werbearbeit der männlichen Kollegen in so großer Zahl in den Verband gekommen sind, dabei ist ihnen die Entwicklung der deutschen Industrie stark entgegengekommen. Die Gewinnung der Frauen und Mädchen kann aber nicht das einzige Ziel dieser Werbearbeit sein. Vielmehr muß als Hauptaufgabe die Erziehung aller Mitglieder, dabei besonders der weiblichen, als der der Bildung am meisten bedürftigen, vorangestellt werden. Und hier beginnt bereits die Mangelhaftigkeit der Bezirks- und Ortsleitungen.

Es ist nicht verwunderlich, wenn die Frauen rückständig sind. Wir wissen nach der Denkmethode des historischen Materialismus, daß die Menschen Produkte der Verhältnisse sind, in denen sie geboren, erzogen sind und leben. Die jahrtausendelange Unterdrückung der Frau im allgemeinen, die Abhängigkeit vom Manne, das Verhältnis der Frau zum Manne als das der Hausfrau zum Geknechteten und wirtschaftlichen Beschäftigten kann nicht mit einem Schlage einer völligen, auch geistigen Gleichheit Platz machen. Soweit also ist es verständlich, wenn in einem Verbandsrat, selbst wenn die weiblichen Mitglieder an Zahl die männlichen überwiegen, mehr männliche Mitglieder als Delegierte zu Veranstaltungen des Verbandes, also auch zum Verbandstage, gewählt werden.

Aber es ist doch auch zu beachten, daß im Grunde genommen viele männliche Mitglieder sich gar nicht um die Erziehung der

weiblichen Kammern, und man gewinnt gemeinhin die Ueberzeugung, daß vielen Kollegen die Mitarbeit gar nicht so angenehm ist, wie es im Interesse des Verbandes sein sollte, weil gewisse Konkurrenzgefühle eben stark sichtbar werden.

Oft wird von unseren Kolleginnen Klage darüber geführt, daß sie höchst selten, manchmal gar nicht zu Sitzungen mit den Unternehmern herangezogen werden, obwohl sie Mitglieder des Betriebsrates sind. Ganz abgesehen davon, daß die Kolleginnen in solchen Verhandlungen ungemein viel lernen könnten, schädigt es das Ansehen der Organisation, wenn so gehandelt wird. Noch eigenartiger ist das Verhalten eines gewissen Kreises von Kollegen im Hinblick auf die Verordnungen vom März 1919. Obwohl der Demobilisierungskommissar in den einzelnen Betrieben noch gar keine Verfügung erlassen hat, drängt der Betriebsrat auf die Entlassung der Frauen. Auch hier müßten die Kollegen im Verbandsinteresse mehr Solidarität mit den Frauen zeigen. Nicht die Entlassung der verheirateten Frauen aus den Betrieben (manche Kollegen führen stets das Schlagwort im Munde: „Die Frau gehört ins Haus, in die Küche“, das man früher so oft von Kleinbürgerlichen reaktionären Elementen hörte), sondern ihre Erziehung zu guten Kämpferinnen ist die Aufgabe, ohne deren Erfüllung wir nicht vorwärts kommen. Und da ist die berufstätige Frau das geeignetere Objekt. Zwang man seitens der staatlichen Macht während des Krieges die Frauen, in die Betriebe zur Arbeit zu gehen, so versucht man heute durch Zwang sie wieder aus den Betrieben zu entfernen. Von der Gleichberechtigung der Frau, die die Revolution angeblich gebracht hat, ist in den Gewerkschaften vorläufig noch wenig zu spüren.

So kann man also neben dem Verständnis, das man der Lage der arbeitenden Frauen und ihrem Verhältnis zu den organisierten Kollegen entgegenbringen muß, doch sagen, daß nicht alles getan wird, um die Kolleginnen zu vollständigen Mitstreiterinnen zu erziehen. Ständige Zurücksetzungen sind nicht das Erziehungsmittel.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein großer Teil unserer weiblichen Mitglieder das gleiche Interesse an der Gestaltung unserer Gewerkschaft hat. Dieses Interesse zu stärken, ist ein Mittel zur Erziehung. Hierzu gehört, daß den Kolleginnen mehr als bisher Gelegenheit gegeben werden muß, sich zu betätigen. Der Verbandstag ist eine solche Gelegenheit. Bei der Delegiertenwahl hätten die Kollegen im wohlüberlegten Verbandsinteresse den Kolleginnen eine größere Anzahl Sitze überlassen müssen, wie es in Reichweite geschehen ist. Natürlich sind auch die Kolleginnen nicht freizusprechen von der Vernachlässigung ihrer Rechte. Auch an sie ergeht die Aufforderung, in Zukunft mehr als bisher auf Grund ihrer Mitarbeit im Verbandsrat ihre Rechte geltend zu machen, insbesondere bei der Besichtigung des Verbandstages. Sie müssen verlangen, daß in den einzelnen Wahlbezirken eine dem Prozentsatz der weiblichen Mitglieder entsprechende Zahl weiblicher Delegierter gewählt wird. Die Frauen gelten in den gemeinsamen Organisationen mit den Männern nur soviel, als sie sich selbst einbringen!

Was ist der Zweck dieser Ziele? Neben dem Gefühl der Ungerechtigkeit gegen die weiblichen Mitglieder soll auch grundsätzlich angeprochen werden: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur die Arbeiterklasse selbst bewerkstelligen. Ein wichtiger Teil der Arbeiterklasse sind aber die Frauen. Ihre Befreiung muß der Befreiung der Klasse von der Lohnsklaverei vorangehen. Hier mit der Arbeit einzusetzen, ist Pflicht aller Beamten und Betriebsfunktionäre. Bildungsarbeiten und Schulung, Hand in Hand mit weiblicher Kameradschaft unter Männern und Frauen sind die wichtigsten Notwendigkeiten, weil sie erst die Grundlage bilden können für den großen Bau des Sozialismus, in dem jeder Mensch völlige Gleichheit besitzt. Jenny Hammer, Leipzig.

### Der Steuerabzug.

Von Silbela Keil

Der am 5. Juni in Kraft getretene 10prozentige Steuerabzug mit 1000 M. in der Steuer der Arbeiter, Angestellten und Beamten hat in der Öffentlichkeit im Hinblick auf die Tatsache, daß das Einkommen dieser Kategorie jährlich zusammenfällt mit einer neuen ungewissen Einkommensteuer und einer geradezu katastrophalen Erhöhung des Lohnsteuersatzes.

Das § 42 des neuen Einkommensteuergesetzes ist die für ein Arbeitnehmer gezielte Einkommensteuer in vier Teilen jeweils in den ersten vier Monaten des Monats Mai, Juni, September und Oktober zu erheben. Das erste Viertel der für das Rechnungsjahr 1920 geschätzten Steuer war demnach schon in der ersten Hälfte des Jahres fällig. Die Veranlagung des Einkommens, die nach dem neuen Gesetz jeweils für ein Kalenderjahr erfolgt, wird für das Kalenderjahr 1920 erst nach dem 1. Oktober durchgeführt. Das Ergebnis dieser ersten veranlagenden Veranlagung wird dann jeweils für das Rechnungsjahr 1921 dem Steuerpflichtigen mitgeteilt. Die Steuer für das Rechnungsjahr 1920 innerhalb der ersten vier Monate des Jahres zu erheben, ist für die Lohnempfänger des neuen Gesetzes für das bei der letzten einschlägigen Veranlagung festgesetzte Einkommen bestimmt.

Wahrscheinlich ist es demnach, daß kein Einkommen im Jahr 1920 als veranlagt im Vergleich mit dem Jahr 1919 veranlagt wird, sondern nur, wenn es bei der Veranlagung der Steuer für das Rechnungsjahr 1920 veranlagt wird.

Das sind die für alle Steuerpflichtigen ohne Unterschied geltenden Vorschriften. Neben der Einkommensteuer durch die ganze Zahl der Steuerpflichtigen die nach der Höhe des Einkommens des Lohnempfängers zu legen. In der veranlagten Steuer gegenüber werden nunmehr, was bisher nicht der Fall war, die Einkommensteuer im Hinblick auf die Einkommensteuer der Arbeiter und Beamten nicht genau wie der Lohnsteuer, sondern getrennt von der Lohnsteuer für ein jedes Einkommen in einer Steuerklasse begriffen werden und je nach dem Einkommen der Lohnempfänger in drei Klassen eingeteilt werden. Die Einkommensteuer wird nunmehr in drei Klassen eingeteilt werden.

Wahrscheinlich ist es demnach, daß kein Einkommen im Jahr 1920 als veranlagt im Vergleich mit dem Jahr 1919 veranlagt wird, sondern nur, wenn es bei der Veranlagung der Steuer für das Rechnungsjahr 1920 veranlagt wird. Das sind die für alle Steuerpflichtigen ohne Unterschied geltenden Vorschriften. Neben der Einkommensteuer durch die ganze Zahl der Steuerpflichtigen die nach der Höhe des Einkommens des Lohnempfängers zu legen. In der veranlagten Steuer gegenüber werden nunmehr, was bisher nicht der Fall war, die Einkommensteuer im Hinblick auf die Einkommensteuer der Arbeiter und Beamten nicht genau wie der Lohnsteuer, sondern getrennt von der Lohnsteuer für ein jedes Einkommen in einer Steuerklasse begriffen werden und je nach dem Einkommen der Lohnempfänger in drei Klassen eingeteilt werden. Die Einkommensteuer wird nunmehr in drei Klassen eingeteilt werden.

Das sind die für alle Steuerpflichtigen ohne Unterschied geltenden Vorschriften. Neben der Einkommensteuer durch die ganze Zahl der Steuerpflichtigen die nach der Höhe des Einkommens des Lohnempfängers zu legen. In der veranlagten Steuer gegenüber werden nunmehr, was bisher nicht der Fall war, die Einkommensteuer im Hinblick auf die Einkommensteuer der Arbeiter und Beamten nicht genau wie der Lohnsteuer, sondern getrennt von der Lohnsteuer für ein jedes Einkommen in einer Steuerklasse begriffen werden und je nach dem Einkommen der Lohnempfänger in drei Klassen eingeteilt werden. Die Einkommensteuer wird nunmehr in drei Klassen eingeteilt werden.

## Gewerkschaftsgeossen!

In den Abendstunden des 19. März eilte die Trauerkumde vom brennenden Volkshaus durch die Gassen der Leipziger Arbeiterbevölkerung. Die Sorge um das Heim der organisierten Arbeiterschaft zu manchen Proletariats nach der Zeiger Straße. Je näher er kam, desto mehr wurde das Unfassliche schmerzliche Gewißheit: das stolze Gebäude der Arbeiterschaft stand in hellen Flammen. Der Militarismus hat unser Heim zerstört. Nun aber wollen und müssen wir es wieder aufbauen.

Gewaltig sind die Baukosten gestiegen; während damals der zerstörte Bau rund 420 000 M. Baugeld verschlang, kosten heute allein die erforderlichen Zementdecken mehr als das Doppelte dieser Summe. Rund 10 Millionen Mark werden notwendig sein, um die Kosten des Wiederaufbaues bestreiten zu können. Die Stadt hat den Gewerkschaften 1 Million Mark vorschussweise gegeben, damit die Organisationen die notwendigen Bureaueinrichtungen kaufen konnten. Von den 21 abgebrannten Gewerkschaften hat der Fabrikarbeiterverband allein 320 000 M. aufzubringen, um bei den jetzigen Preisen die ihm verloren gegangenen Einrichtungen wieder zu schaffen.



Und das ist nicht einmal die am schwersten geschädigte Gewerkschaft. Der Staat hat zwei Millionen Mark Darlehen bewilligt, die zum Ankauf des Hotels Victoria dienen, um die obdachlosen Gewerkschaften vorläufig unterzubringen. Die sonst vorhandenen Geldmittel sind für die heutigen Verhältnisse zu bescheiden, daß damit die Baukosten nicht gedeckt werden können. Die Versicherungsgesellschaften lehnen die Zahlung der Versicherungssumme unter Hinweis auf den Aufretheparagraphen ab. Und so wendet sich das Leipziger Proletariat, das so oft glänzende Beweise seiner Solidarität gegeben hat, wenn es galt, kämpfende Klassengeossen in Deutschland zu unterstützen, heute an die Gewerkschaftsgeossen in Deutschland und mit der Bitte um Hilfe und Unterstützung.

von 10 Prozent davon, sondern je nach der Größe seines Einkommens kann er 20, 40, 50 und nachher 60 Prozent zu zahlen haben. Den über 10 Prozent im übrigen Teil seiner Steuer zahlt er in vierjährlichen Raten, wo der vom Abzug nicht betroffene Steuerpflichtige seine ganze Steuer vierteljährlich bezahlt.

Nun sind aber Fälle denkbar, in denen der Abzug mehr ausmacht, als der Steuerpflichtige zahlen kann. Hat der Arbeiter beispielsweise ein Jahreseinkommen von 9900 M., so werden ihm, verteilt auf die Lohnzahlungen, 990 M. abgezogen. Hat dieser Arbeiter Frau und 6 Kinder unter 16 Jahren, so bleiben ihm nach dem Abzug 1500 M., jedoch 500 M. für die Frau und 700 M. für jedes Kind zusammen 6200 M. Als perspektivisches Einkommen bleibt übrig 3700 M. Er hat für die ersten 1000 M. 10 Prozent, für die zweiten 1000 M. 11 Prozent, für die dritten 1000 M. 12 Prozent, für die verbleibenden 700 M. 13 Prozent zu zahlen. Das sind nicht 10 Prozent, sondern 13 Prozent des tatsächlichen Einkommens. In den Fällen dieser und ähnlicher Art: ein ganzes Jahr lang den Abzug von 10 Prozent durchzuführen und erst nach der endgültigen Veranlagung die zu viel einbehaltenen Beträge bar zu erheben, wäre ein Unrecht. Die Veranlagung der Einkommensteuer zur barren Herauszahlung der zu viel abgezogenen Beträge, die nur aus einem entsprechenden Antrage des Lohnempfängers an das Finanzamt erfolgt, macht dieses Unrecht nicht gut. Das Recht hat kein Recht, dem Steuerpflichtigen mehr abziehen zu lassen, als er zahlen kann, und ihm auf den unzulässigen Weg der Antragstellung zu verweisen, wenn er den zuviel abgezogenen Einkommensanteil wieder zurückbekommen will. In diesem Punkte müssen die gewerkschaftlichen Verwaltungen geübt werden.

Auch die Voraussetzung, daß 20 Prozent des Lohnes abgezogen sind, wenn einem Arbeiter Lohnsteuer abgezogen werden, deren Wert den Betrag übersteigt, hat sich als nicht haltbar erwiesen. In diesen und anderen Einzelheiten sind Änderungen geboten.

Der Steuerabzug aber prinzipiell zu bekämpfen, ist unbedingt. Der der Meinung ist, daß der Arbeiter prinzipiell von der Einkommensteuer frei bleiben soll, der mag die Voraussetzung des Arbeiters bekämpfen. Er wird damit denen in die Hände arbeiten, die ganz gern an jede direkte und indirekte Steuer verfallen und dafür alle Kosten auf den Rücken der breiten Massen wälzen möchten. Der der Ansicht ist, daß der Arbeiter mit der Einkommensteuer zu schwer belastet sei, der mag sagen, welche Belastung er für angebracht hält. Aber ja, es geht gegen das tatsächliche Verhalten des Abzugs, das die Steuerentlastung erleichtert, zu wirken, wenn man die Steuerpflicht auch für die Arbeiter im Prinzip anerkennt.

Die hohen Steuern, die bei der heutigen finanziellen Lage des Reiches erhoben werden müssen, beruhen genau die Einkommensfähigkeit des Arbeiters.

Aber reden wir nicht demagogisch vom Steuerabzug, sondern von der Steuer an sich. Und fragen wir uns, ob heute eine erheblich mäßigere Belastung der Arbeiter möglich ist. Gesteht man uns ehrlich, daß das nicht der Fall ist. Wir werden — denken wir doch an die Forderungen der Entente — noch mehr Steuern bekommen, aber keine bestehende Steuer abschaffen können, wie die steuerlosen Besitzenden hoffen. Die neuen Steuern werden in um so größerem Maße Steuern sein, die man „nicht merkt“, je mehr sich die Arbeiter gegen die Steuern, die man merkt, wehren. Wird das Einkommen des Arbeiters durch die Steuerlast so stark in Anspruch genommen, daß er nicht mehr auskommen kann, so muß er einen entsprechend höheren Lohn fordern. Einen solchen durchzusetzen, ist allerdings bei der heutigen Wirtschaftslage schwerer als noch vor einigen Monaten. Trotzdem aber darf die Arbeiterschaft nicht eine Steuer kabolieren, die auf dem gerechten Prinzip der Progression beruht. Wenn sie nicht will, daß an die Stelle der Einkommensteuer, die den Arbeiter mit 10 bis 15 Prozent und den Millionär mit 50 bis 60 Prozent trifft, eine Konsumsteuer tritt, die den Millionär mit 10 und den Arbeiter mit 50 Prozent belastet.

## Aus der Industrie

### Chemische Industrie

#### Geschlossene Unternehmerfront.

Unter dieser Ueberschrift haben wir bereits im „Proletariat“ über den Zusammenschluß der Unternehmerverbände zu einer Gewerkschaft, resp. über die Einsetzung eines Zentralausschusses berichtet. Wir haben an die Mitteilung damals die Bemerkung geknüpft: „Zweifellos ist diese Vereinigung in der Hauptsache gedacht als Gegengewicht gegen die groß und stark gewordene Gewerkschaftsbewegung.“ Daß wir damit recht hatten, beweist ein Rundschreiben, das der Druckfarben-Verband an seine Mitglieder verschickt hat. Ähnliche Rundschreiben werden in allen anderen Berufsgruppen an die Unternehmer ergangen sein. Wir lassen hier den Wortlaut des Rundschreibens folgen:

Druckfarben-Verband G. B.

Berlin, den 4. Juni 1920.

Rundschreiben Nr. 46.

An die Mitglieder des Druckfarben-Verbandes!

In der am 29. 5. 1920 im Herrenhause abgehaltenen Versammlung zwecks Stellungnahme zur „Gewerkschaft der Unternehmer“, auf der etwa 100 Vertreter der Fachverbände anwesend waren, wurde nachfolgendes erörtert:

Die politische Ohnmacht und wirtschaftliche Notlage der Unternehmer gegenüber den Organisationen der Arbeiter und Angestellten, und deren aggressives Verhalten erfordert unbedingt den Zusammenschluß der Unternehmer in gewerkschaftlicher Form. Diese zu bildende Gewerkschaft soll im Anschluß an vorhandene Organisationen in den größeren Orten durch Aktionsausschüsse aus Vertretern von Gewerbe, Handel und Industrie und Landwirtschaft geschaffen werden und ihre Spitze in Berlin haben.

Zweck der Gewerkschaft ist Vertretung der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen allen Anhängen gegenüber und Anstrengung einer wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft mit vollständiger Gleichberechtigung der Unternehmer und Arbeitnehmer.

Als äußerstes Mittel zur Abwehr unberechtigter Angriffe auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet nimmt die Gewerkschaft der Unternehmer den Streit für sich in Anspruch. Daraus folgt: Einrichtung von Klassen zur Erhebung von Steuern von den Unternehmern, weitere Ausgestaltung der technischen Nothilfe, Einflußnahme auf die politischen Parteien und die Wahlen und engstes Zusammengehen mit der Bauwirtschaft.

Die Diskussion ergab, daß alle Anwesenden von der Notwendigkeit und der Möglichkeit der Durchführung dieser neuen Idee überzeugt waren und ihre Unterstützung nach besten Kräften zusagten. Zur Mitarbeit bereite Personen sind dem Hauptverband namhaft zu machen, und jeder Verband soll bis zum 15. Juni 1920 seine Stellungnahme zu den gemachten Ausführungen einreichen.

Wir bitten Sie daher, uns auf beiliegender Karte bis zum 12. 6. 20 spätestens mitteilen zu wollen, ob Sie

- 1. damit einverstanden sind, daß der Verband als solcher die Angelegenheit weiterhin fördert und
- 2. ob Sie gewillt sind, sich an Ort und Stelle in den Dienst der Sache zu stellen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Druckfarben-Verband, G. B.

gez.: Twittenhoff

Streng vertraulich!

Jedenfalls beweist das Rundschreiben, daß die Unternehmer gewillt sind, der organisierten Arbeiterschaft den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Daraus folgt, daß sich die Arbeiterschaft den Luxus des Bruderkampfes nicht leisten sollte, denn er wird sehr kostspielig werden. Einer geeinten Unternehmerfront gegenüber gibt es ein anderes Gegengewicht gar nicht als eine einheitliche Arbeiterfront. Diese Einheit ist notwendig wie das Brot und sollte herbeigeführt werden auch auf die Gefahr hin, daß der eine Teil der feindlichen Brüder darauf verzichten muß, absolut mit dem Schädel durch die Wand seiner fixen Idee zu rennen.

#### Eine Unsittlichkeit in der Zündholzindustrie.

Wie die „Deutsche Zündwarenzeitung“ Nr. 6 mitteilt, wird vielfach darüber Klage geführt, daß diejenigen Zündholzfabriken, welche außer Zündhölzern auch andere Artikel anfertigen, insbesondere Schußwaffen, Pulver und dergleichen, die Lieferung von Zündhölzern von der Auftragserteilung auf andere Artikel dieser Fabriken abhängig machen. Auch dem Reichswirtschaftsministerium sind hierüber die Beschwerden in einer ganzen Reihe von Fällen eingereicht worden. Das Reichswirtschaftsministerium hat in einem besonderen Schreiben die Zündholzindustrie-Gesellschaft, als Vertreterin der Interessen der Zündholzindustrie, ermahnt, darauf hinzuwirken, daß derartige Bedingungen seitens der Fabrikanten nicht gestellt werden. Einmal sind derartige Bedingungen unannehmlich und werden vom Gesetz sogar mit Strafe bedroht, andererseits entspricht es nicht dem Ansehen der Zündholzindustrie, wenn solche Mittel versucht werden, um etwa unvertäufelte Nebenartikel der Zündholzindustrie an den Mann zu bringen.

Die Zündholzindustrie-Gesellschaft wendet sich daher an alle diejenigen Zündholzfabrikanten, welche außer Zündhölzern andere Artikel herstellen und bittet dringend, von derartigen Verkaufsbedingungen absehen zu wollen. Die Zuteilung von Zündhölzern muß unabhängig von den Einkäufen anderer Artikel stattfinden. Die Ware darf auch der Zündholzindustrie ohne Auftrag nicht zugeführt werden, weil hierin leicht ein Zwang zu ihrer Abnahme oder eine Bedingung für die Lieferung der Zündhölzern erblickt werden kann.

Der größte Unfug hat sich während des Krieges infolge Warenmangels herausgebildet. Bekanntlich ist der Meistbietende das Produkt der Verhältnisse, unter denen er lebt. Ist nun das Angebot von Waren größer als die Nachfrage, dann behandelt der Verkäufer den Käufer mit Sauhandschuhen, der Verkäufer ist — in der Regel — die Liebesherrlichkeit selbst, das Käuferpublikum fühlt seine Ueberlegenheit und tritt ledig auf. Ist aber die Nachfrage größer als das Angebot, dann ist die Geschäftigkeit ungeliebt. Die Käufer werden kleinlaut, die Verkäufer in vielen Fällen probig, mitunter sogar brutal. Daraus ergibt sich, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse die Moralbegriffe bestimmen, wofür unser Bittat aus der „Zündwarenzeitung“ als Beleg gilt.

Papier-Industrie \*\*\*

Eine Konferenz der Chromo- und Buntpapierarbeiter.

fand am Sonntag, dem 4. Juli, in Hannover mit folgender Tagesordnung statt:

- 1. Die Verlängerung des Lohnvertrages für die Monate Juli und August.
2. Besprechung über den Gesamtarbeitsvertrag.
3. Verschiedenes.

Die Konferenz wird vom Kollegen Thiemig (Hannover) um 10 Uhr vormittags eröffnet. Anwesend sind 15 Delegierte, 2 Vorstandsmitglieder, sowie die beiden Branchenleiter für die Papierindustrie.

Am 1. Punkt der Tagesordnung führt Kollege Stähler aus: Die Kündigung des Lohnvertrages erfolgte zu einer Zeit, als die wirtschaftliche Lage der Industrie bereits schwankend war. Die Folge war, daß die Arbeitgeber nun ebenfalls die Kündigung des Lohnvertrages auszusprechen und verlangten, daß statt Lohnrückstellungen Lohnrückzahlungen vorgenommen werden müßten, weil sie angeblich nicht mehr in der Lage seien, die hohen Löhne weiter zu zahlen.

Nach Lage der Dinge empfehlen wir daher der Konferenz, die bestehenden Lohnsätze für die Monate Juli und August weiter gelten zu lassen.

In der anschließenden Diskussion sprachen Redner für und gegen den Vorschlag Stählers. Ausnahmslos wurde jedoch von allen betont, die Verhandlungsdauer dürfe jetzt unter keinen Umständen einen Lohnabbau zulassen.

Trotzdem von einem Abbau der Preise für die wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel für den Arbeiterhaushalt noch keine Rede sein kann, im Gegenteil durch die abermalige Gewährung von Frührentenprämien an die Landwirtschaft eher noch eine abermalige Erhöhung der Preise für die notwendigen Lebensmittel zu erwarten ist, beantrage ich unter Berücksichtigung der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, in der sich die deutsche Chromo- und Buntpapierindustrie zur Zeit befindet, daß der bisherige Lohnvertrag für die Monate Juli und August verlängert wird.

Abgelehnt wird dagegen ein von einem anderen Delegierten eingebrachter Antrag mit folgendem Wortlaut:

Zu den Verhandlungen des Tarifamtes sind Vertreter der Arbeiterschaft hinzuzuziehen, die in demselben Sitz und Stimme haben. Die Vertreter werden von noch zu bildenden Lohnbezirken bestimmt.

Thiemig (Hannover) stellt fest, daß sich sämtliche Redner für die vorgeschlagene Verlängerung des Lohnvertrages ausgesprochen haben, präzisere Forderungen auf Lohnrückzahlung sind nur von Aue gestellt.

Stähler (Hannover): Das Tarifamt soll Gärten in der Ortsklasseneinteilung vermindern. Es haben sich bereits bei der ersten Einteilung der Ortsklassen Differenzen gezeigt, die nach Möglichkeit bisher immer ausgeglichen wurden.

Zu dem zweiten Antrag erklärt der Redner, es würden jedesmal aus den in Frage kommenden Betrieben Vertreter für die eigene Sache hinzugezogen. Aber Sitz und Stimme kann man diesen Kollegen im Tarifamt nicht geben, sonst würde dadurch die ganze Einrichtung des Tarifamtes als Entscheidungsinstanz illusorisch gemacht.

Philipp (Hannover) führt zu Punkt 2 aus: Der Gesamtarbeitsvertrag ist bis zum 31. Dezember 1920 abgelaufen. Bisher sind noch keine Wünsche auf Abänderung von Seiten der Arbeiterschaft erhoben, mit Ausnahme einiger Punkte beim ersten Teil der Tagesordnung. Bedingt eine Ferienangelegenheit aus der Firma in Offenbach wurde uns mitgeteilt: in diesem Fall ist von Seiten der Firma der Vertrag nicht eingehalten, und ich habe dem Kollegen empfohlen, wenn die Firma das weiterhin weigern sollte, die Ferien in dieser zu bewilligen, dann das Tarifamt anzurufen.

Die Verringerung der Ortsklassen streben wir an und ist uns dies auch zum Teil gelungen. Die Bezahlung der Differenz zwischen Arbeitsverdienst und Krankengeld bei Unfällen und Krankheit muß von den Betriebsräten mit der Betriebsleitung geregelt werden. Eine derartige Bestimmung, so gut sie auch ist, in den Gesamtarbeitsvertrag aufzunehmen, weigern sich die Unternehmer ganz entschieden. Hier ist eine dankbare Aufgabe für die Betriebsräte, helfend einzugreifen. Wir empfehlen daher, den Gesamtarbeitsvertrag vorläufig weiterlaufen zu lassen.

In der Diskussion werden die Ferien als zu kurz bezeichnet. Sie sollen mindestens auf 12 Tage ausgedehnt werden. Den Kriegsbeschädigten ist für gleiche Leistung der gleiche Lohn zu zahlen wie den übrigen Arbeitern.

Thiemig stellt fest: die Konferenz steht auf dem Standpunkt, den Gesamtarbeitsvertrag vorläufig weiterlaufen zu lassen, bis eine günstige Gelegenheit die Erneuerung und den Ausbau des Vertrages ermöglicht.

Stähler berichtet noch über die Arbeitsgemeinschaften. Nach anschließender kurzer Debatte hatte die Konferenz ihre Arbeiten erledigt.

Lohnrückstellungen in der Kölner Wellpappenindustrie.

Zwei Monate standen die Arbeiter in der hiesigen Wellpappenindustrie in einer Lohnbewegung. Die Verhandlungen in Berlin haben das Ergebnis nicht gezeitigt, was für die besetzten Gebiete erwartet werden durfte. Es kam daher auf beiden Seiten zu einer Verständigung, ein Schiedsgericht über den Streitfall einzusetzen zu lassen.

Die für April 1920 gezahlten Vorschüsse werden annulliert in dem Sinne, daß sie weder zurückgezahlt noch verrechnet werden sollen.

Die Arbeitgeber zahlen für Mai und Juni einen 10prozentigen Teurnachschlag zu den tariflichen Sätzen als einmalige Teurnachschüsse.

Beide Parteien haben den Schiedspruch anerkannt.

Keramische Industrie

Zementausfuhr nach Holland.

Die Außenhandelsstelle für Zement beschäftigte sich kürzlich mit der Ausfuhr von Zement nach dem Ausland. Der Zementbund hatte um die Ausfuhrgenehmigung nachgesucht. Die Genehmigung sollte insbesondere für die rheinisch-westfälische Zementindustrie gelten. Als Begründung wurde angeführt, daß sich im Monat Juni die Produktion von Zement gehoben habe,

so daß ein steigender Vorrat von Zement und Klinkern zu verzeichnen sei. Diese Darlegungen wurden durch eine statistisch-graphische Tabelle unterstrichen. Weiter wurde betont, daß durch Benutzung von Ersatzbrennstoffen, hauptsächlich minderwertige Kohlen, die der Bewirtschaftung nicht unterliegen, die Produktion derart gestiegen sei, daß das von der Zementbewirtschaftungsstelle festgesetzte Quantum bedeutend überschritten werde. Dieses überschüssige Quantum solle nun zur Ausfuhr freigegeben werden, und zwar zur Ausfuhr nach Holland. Das Verlangen wurde damit begründet, daß durch Abstoß des sich ansammelnden Vorrats einer Einschränkung der Betriebe vorgebeugt werde, daß die rheinisch-westfälische Zementindustrie die durch einen Schiedspruch festgesetzte Lohnrückzahlung ohne Preissteigerung gewähren könne und daß ferner der rheinisch-westfälischen Zementindustrie der Absatzmarkt in Holland erhalten bleibe.

In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß von der Schweiz und der Tschecho-Slowakei Zement eingeführt werde. Es sei dies ein Widerspruch mit der Begründung der Ausfuhr. Darauf wurde erwidert, daß es schon immer der Fall gewesen sei, daß an der einen Grenze eingeführt, an der anderen eingeführt werde. Die an der Schweiz und Böhmen angrenzenden Landesteile könnten ihren Zement billiger von dort beziehen als von Westfalen, da der Zement durch sein Gewicht zu hohe Transportkosten verursache. Dem Verlangen des Zementbundes wurde durch die Annahme nachstehender Resolution Rechnung getragen:

Der Außenhandelsausschuß ist der Ueberzeugung, daß die Gründe, die das Reichswirtschaftsministerium zur Behinderung der Zement- und Kalkausfuhr bestimmt haben, angesichts der veränderten Wirtschaftslage nicht mehr in der bisherigen Schärfe haltbar sind und bittet, den Reichsbevollmächtigten zu ermächtigen, Ausfuhrbewilligungen in einem der Inlandsversorgung sowie dem deutschen Bedürfnisse nach Schuldenbedeckung im Ausland, Erhaltung und Wiedereroberung der ausländischen Märkte Rechnung tragenden Maße zu erteilen. Voraussetzung ist, daß die Einfuhr auf den für den Fremdenverkehr und besonderen örtlichen Bedarf unbedingt erforderlichen geringsten Umfang beschränkt wird.

In der Resolution wird eine Forderung des bisherigen Systems der Bewirtschaftung befürwortet. Die Vertreter der Arbeitnehmer stimmten der Resolution zu unter dem Vorbehalt, daß die Ausfuhr nur dann statthaft sei, wenn der Inlandsbedarf vollständig gedeckt sei. Das wurde als ganz selbstverständlich bezeichnet. Die Vertreter der Arbeitnehmer stimmten also für die Ausfuhr des überschüssigen Zements, einmal um den Arbeitern der rheinisch-westfälischen Zementindustrie die Lohnrückzahlung zu sichern, dann um eine Zementpreiserhöhung zu vermeiden, die ja die Vaulust noch mehr einschränken, den Vorrat an Zement noch vergrößert und eine Einschränkung der Betriebe herbeiführen würde. Schließlich erfolgte die Zustimmung auch aus den oben dargelegten volkswirtschaftlichen Gründen. Das leitende Motiv ist für uns bei allen Maßnahmen, zunächst das Interesse der Arbeiterschaft und dann das Interesse der Gesamtheit wahrzunehmen.

Abbruch von Ziegeleien.

Das Reichswirtschaftsministerium hat sich an die Regierungen der Länder gewandt mit dem dringenden Ersuchen, den unwirtschaftlichen Abbruch von Ziegeleien zugunsten der Allgemeinheit und der in ihrer Existenz bedrohten Arbeiterschaft mit allen gesetzlichen Mitteln zu verhindern. Gelegliche Handhaben finden sich in der Verordnung über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 und in der Verordnung zur Behebung des dringendsten Wohnungsnot vom 9. Dezember 1919. Gleichzeitig hat das Reichswirtschaftsministerium zur Verhinderung der unwirtschaftlichen Ausschachtung von Betrieben angeordnet, daß die Ausfuhr gebrauchter Maschinen in Zukunft beschränkt werden soll. Diese wird nur dann genehmigt, wenn im Benehmen mit den zuständigen örtlichen Behörden, insbesondere den Gewerbeaufsichtsbeamten, festgestellt ist, daß damit wesentliche wirtschaftliche Belange des Inlandes nicht beeinträchtigt werden.

Verschiedene Industrien

Wirtschaftskrise und Spielwarenindustrie.

Die eingetretene Wirtschaftskrise in der Spielwarenindustrie lastet außerordentlich drückend auf den Hausindustriellen, Heimarbeitern und der Arbeiterschaft. Die Exporteure sind ebenfalls nach kapitalistischen Grundsätzen in wenig beneidenswerter Lage, nur sind sie zunächst geschützt vor größerer Not und Sorge um das tägliche Brot. Die Kopflosigkeit ist in allen Kreisen überaus groß. Durch unsere steigende und doch schwankende Valuta wird die Exportmöglichkeit unserer Spielwaren immer mehr gesenkt. Die Konkurrenz im Auslande ist durch den Krieg und das fast gänzliche Fehlen von deutschen Spielwaren außerordentlich stark geworden. Die deutsche Spielwarenindustrie muß erneut versuchen, die früher innegehabte Position auf dem Weltmarkt wieder zu erlangen. Solange unsere Preise die Weltmarktpreise nicht überstiegen, war noch lohnender Export möglich. Jetzt wird durch die steigende Valuta das Bild sich ändern, und als Resultat haben wir zu verzeichnen, daß das Ausland sich dauernd unserer besten Märkte bemächtigen wird, da wir nicht mehr nach kaufmännischen Grundsätzen exportieren können. Objektive Berichte bezeugen uns zwar, daß englische und französische Spielwaren die deutschen nicht erlegen können, aber es wird unbefritten sein, daß das Ausland nichts unversucht läßt, um sich zu behaupten. Deutschland ist jedoch mit seinen Spielwaren fast ausschließlich auf den Auslandsmarkt angewiesen. Alle maßgebenden Kreise sind der Ansicht, daß konkurrenzfähige Weltmarktpreise angeboten werden müssen. Es wird deshalb das Augenmerk darauf zu richten sein, die Herstellungskosten

herabzusetzen. Daß Valuta- und Konjunkturgewinne wegschlagen müssen, um den Weltmarkt und dadurch Beschäftigungsmöglichkeit wieder zu gewinnen, ist selbstverständlich. Kurzfristige Fabrikanten glauben, die Herstellungskosten auf Kosten ihrer Heimarbeitern, Zeitarbeiter und durch verlängerte Arbeitszeit niedriger halten zu können. Nichts wird vertehrter sein als dieses. Solange die Materialpreise und Lebensmittel derart hoch stehen, kann kein Arbeiter und Gewerbetreibender billiger arbeiten. Hohe Verdienste haben diese ohnehin nicht erzielen können und sind diese heute noch ziemlich gering bemessen. Es müssen ganz andere Wege eingeschlagen werden, wenn eine Gesundung unserer Sonneberger Industrie eintreten soll.

Wir sind groß geworden durch die Reichhaltigkeit unserer Muster und Verschiedenartigkeit der Preislagen. Aber auf diesem Gebiete ist das Guten zu viel getan worden. Eine gewisse Normalisierung und Typisierung in manchen Artikeln dürfte doch wohl am Platze sein. Spielwaren müssen Massenartikel und doch hochentwickelte Qualitätsware sein. Die Heimarbeit in ihrer heutigen Zusammensetzung hemmt dies in mancher Beziehung. Sie ist viel weniger produktiv als die Arbeit in Fabriken mit ausgeprägter Arbeitsteilung. Unsere Exporteure finden allerdings in der Arbeit der Hausindustrie allein ihre Vorteile, sie brauchen ja nur die Waren mit wenigen Arbeitskräften zu versehen und überlassen die Last der Rohstoffbeschaffung meist dem kleinen Fabrikanten, der mit Kind und Kegel Tag und Nacht schafft, um am Jahresende auch meist am Ende zu sein. Der Mangel an Puppenköpfen, verursacht durch die Kohlennot, wirkt außerordentlich hemmend auf die Puppenindustrie. Viele Arbeiter könnten noch beschäftigt werden. Die Porzellanfabriken müssen unbedingt Kohlen besser beliefert werden.

Sonnebergs Industrie muß endlich anfangen, grundlegend seine Produktionsform zu ändern. Die einzelnen Produkte unserer Industrie werden viel zu viel spazieren gefahren und getragen. Fast keine technische Neuerung drückt sich durch. Die Betriebsform ist, von wenigen modernen Betrieben abgesehen, eine durchaus handwerksmäßige und rückständige. Außer Holzbetriebe fast keine Anwendung von Maschinenarbeit, und wo diese vorhanden ist, da ist sie technisch unentwickelt und gleichzeitig nur zum geringsten Teil ausgenützt. Viel zu viel Fabrikanten mühen sich ab in einzelnen Artikeln. Ein rationelles Arbeiten wird dadurch nicht möglich. Viel zu viel kostbare Zeit wird ungenützt vergeudet. Tagelang muß der Fabrikant seine einzelnen Teile erst heranholen, was vollkommen unproduktiv ist. Hier muß eingegriffen werden, denn hier ist der größte Krebsbissen unserer Industrie. Von dieser Sorte 1/4 Duzend, von dieser 1/2 Duzend, von jener Sorte mal 1 1/2 Duzend. Jeder Fabrikant leidet darunter und mancher hat genau denselben Artikel. Welch eine Vergeudung! Es zersplittern sich unsere vielfach gleichen Fabrikate auf viel zu viel kleine Betriebe. Gewiß bieten diese dem Fabrikanten eine gewisse Selbstständigkeit; aber in den meisten Fällen ist diese nur scheinbar. Der jetzt eingetretene Niedergang der Industrie beweist dies schlagend.

Diejenigen, welche mit offenen Augen Einblick in unsere Industrie genommen haben, haben wohl die Krebsbissen erkannt; aber unsere „tonangebenden Industriegelehrten“ hängen und wurzeln am alten. Sonnebergs Industrie wird sich schwer behaupten können, wenn man sich nicht mit aller Macht der Neuzeit mit ihren technischen Fortschritten anpaßt. Industrielle, aber auch Regierung, hört die Mahnung! Dem Fortschritt muß die Bahn geebnet werden! Die Heimarbeit ist ein Hemmnis, weil sie rückständig ist. Jeder weißlickende Heimarbeiter hat dies bereits erkannt. Es sind Fabriken notwendig mit weitmöglichster Anwendung von Maschinen und rationellem Arbeitsverfahren. Diese Fabriken zu bauen, ist erste und dringendste Pflicht. Man soll nicht einmenden, daß das unmöglich ist. Das Gegenteil kann bewiesen werden. Die Ausnutzung von technischen Hilfsmitteln muß ermöglicht werden. Der Wiederaufbau der Spielwarenindustrie muß in andere Bahnen gelenkt werden. Jede, noch so gering erscheinende Verbilligung der Artikel durch Arbeitsteilung, technische Vervollkommnung muß erwogen werden. Jeder ehrliche Fabrikant weiß, wie unproduktiv er und sein Konkurrent in seinem Artikel arbeitet. Die straffste Organisation ist notwendig, ausgestattet mit technischem und organisatorischem Weltblick, um uns vorwärts zu bringen. Auf Kosten der Arbeiterschaft kann der Aufbau der Industrie nicht vorgenommen werden. Die Konkurrenz muß geschlagen werden durch grundlegende Reformen, aber nicht auf Kosten der Arbeiter, Frauen und Kinder.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Selbstverschulden bei Unfällen?

In einer Holzschleiferei der Papierfabrik M. verunglückte im August vorigen Jahres ein Arbeiter dadurch, daß er, wie dem Schlichter von Weßern an einem von der Transmission angetriebenen Schleifstein beschäftigt bei dem Versuch, den herumgerollenen Riemen wieder aufzulegen, mit dem Arm in eine von dem Riemen gebildete Schlinge geriet, von der Welle herumgeschleudert und ihm beide Beine durch Auslösen auf ein Geländer vollständig abgeschlagen wurden. Der Verunglückte verstarb nach einigen Stunden.

Der Unfall ereilte den Mann, als dieser nach Beendigung seiner Schicht in seine Wohnung heimgekehrt war und von den dort arbeitenden Tappern gebeten wurde, ihnen die zu ihrem Handwerkszeug gehörenden Messer zu schleifen. Der Rentenantrag der Witwe wurde, gemäß dem Bericht der Fabrikleitung, von der Berufsgenossenschaft abgemieien mit der Begründung, daß der Mann sich zur Zeit des Unfalles nicht in seiner regelmäßigen Arbeit befunden und den betr. Raum entgegen bestehendem Verbot betreten hätte.

Die Witwe wandte sich daraufhin an den in der Gemeinde stehenden Parteigenossen, nach dessen Ermittlungen sich folgendes Bild der Sachlage ergab:

Die treibende Riemenseibe war durch ein Stück Flachseisen auf der Welle festgeklippt, welches an dem aus der Nab. vortragenden Teil von der Welle so weit abgehoben war, daß sich der Riemen zwischen dieser Keilnabe und der Welle festklemmen konnte und den Arbeiter an die Welle heranzog. Nur durch diese vorrichtwidrige Einrichtung konnte der Unfall herbeigeführt werden.

Ferner wurde unter Zeugnisbeweis gestellt:

1. Daß vor dem Verunglückten auch andere Arbeiter ebenfalls in ihrer freien Zeit die gleiche Arbeit ausgeführt hatten, ohne von einer in dem Betriebe die Aufsicht führenden Person daran gehindert worden zu sein.

2. Daß die Warnungsscheine, durch welche nach dem Verichte der Fabrikleitung das Betreten des betr. Raumes verboten war, erst zwei Tage nach dem geschehenen Unglück angebracht worden sind.

3. Daß in dem betr. Betriebe in der Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften selbst von der Betriebsleitung so lag verfahren wurde, daß beispielsweise der technische Direktor und die Verhörer in der Regel mit den Lastenwagen von einer Etage zur anderen fuhren, was bei den Arbeitern so weit nachgesehen wurde, daß viele sich nicht nur

